

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Silke Stokar von Neuforn und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/1887 –**

Informationspflicht für Unternehmen bei Datenschutzpannen einführen

A. Problem

Mit diesem Antrag soll die Bundesregierung angesichts der wachsenden Gefahr für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung durch die Nutzung persönlicher Daten durch nichtöffentliche Stellen aufgefordert werden, eine bußgeldbewehrte Informationspflicht für Unternehmen bei datenschutzrechtlichen Sicherheitsverletzungen einzuführen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/1887 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Beatrix Philipp
Berichterstatterin

Dr. Michael Bürsch
Berichterstatter

Gisela Piltz
Berichterstatterin

Jan Korte
Berichterstatter

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Beatrix Philipp, Dr. Michael Bürsch, Gisela Piltz, Jan Korte und Silke Stokar von Neuforn

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/1887** wurde in der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. September 2006 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 57. Sitzung am 25. April 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 36. Sitzung am 25. April 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 32. Sitzung am 25. April 2007 mit den Stimmen der Fraktionen

der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss beschloss in seiner 26. Sitzung am 29. November 2006, eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „Modernisierung des Datenschutzes“ durchzuführen. Die öffentliche Anhörung hat der Innenausschuss in seiner 32. Sitzung am 5. März 2007 durchgeführt. Gegenstand der Anhörung war neben weiteren den Datenschutz betreffenden Vorlagen auch dieser Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung, an der sich acht Sachverständige beteiligt haben, wird auf das Protokoll 16/32 hingewiesen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/1887 in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 abschließend beraten und empfohlen, ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Beatrix Philipp
Berichterstatlerin

Dr. Michael Bürsch
Berichterstatter

Gisela Piltz
Berichterstatlerin

Jan Korte
Berichterstatter

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatlerin

